

USA mahnen Reformen in China an

WASHINGTON. China und die Vereinigten Staaten wollen den Flugverkehr zwischen beiden Ländern ausbauen, sich stärker für den Schutz geistigen Eigentums einsetzen und Hürden für US-Finanzgesellschaften in der Volksrepublik abbauen. Darauf verständigten sich amerikanische und chinesische Kabinettsmitglieder gestern bei einem Treffen in Washington. US-Finanzminister Henry Paulson sprach in seiner Abschlusserklärung von „handfesten Ergebnissen.“

Überschattet wurden die Gespräche vom Streit über die Aufwertung der chinesischen Währung und unterschiedlichen gegenseitigen Schuldzuweisungen. Während die USA erneut eine Aufwertung des Renminbi anmahnten, lehnte Chinas stellvertretende Premierministerin Wu Yi dies ab. Sie warnte davor, in den Modus „vorschneller Konfrontationen“ zu verfallen. „Wir sollten nicht leichtfertig der anderen Seite für unsere eigenen Probleme die Schuld zusprechen“, sagte sie. Zuvor hatte Paulson erklärt, die Amerikaner seien „ungeuldige Menschen“, die möglichst zügliche Reformen in der chinesischen Wirtschaftspolitik sehen wollten.

Das Verhältnis der beiden Staaten ist durch ein enormes Handelsungleichgewicht belastet. Im vergangenen Jahr importierte China Waren im Wert von 232,5 Mrd. Dollar mehr in die USA als im Gegenzug von dort bezog. Washington macht dafür sowohl die Währungspolitik wie auch eine Abschottung des chinesischen Marktes verantwortlich. Außerdem werfen die USA China vor, nicht energisch genug gegen die Verletzung von Eigentumsrechten und Markenrechte vorzugehen. Der US-Kongress fordert deshalb von Paulson schon seit längerem eine härtere Gangart gegenüber Peking.

Präsident George W. Bush wird heute in Washington mit Chinas Vizepremier Wu zusammentreffen. Ein Sprecher des Weißen Hauses bezeichnete die wirtschaftlichen Beziehungen zu China „als die wahrscheinlich wichtigsten in den nächsten Jahrzehnten“. Deshalb brauche man eine Gesprächsstruktur, auf die man zurückgreifen könne, wenn Probleme entstehen. Die Begegnungen in Washington fanden im Rahmen des strategischen Dialogs zwischen den USA und China statt. *mzi*

MEINUNG SEITE 12

Deutsche Energietechnik für China

Bundespräsident Köhler besucht Solarprojekte zur Stromversorgung von Dörfern – „Wachstum im Einklang mit der Umwelt“

ANDREAS HOFFBAUER | PEKING

In das abgelegene Bergdorf Shangnanyano kommen nur selten Gäste. Auch der Besuch des deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler wäre gestern fast noch ins Wasser gefallen. Denn vor der Ankunft des hohen Gastes waren heftige Regenfälle über der südwestchinesischen Provinz Yunnan niedergegangen. Die Staatskarosse musste sich über eine schlammige Schotterpiste zu dem kleinen Ort in 3 200 Metern Höhe hinaufquälen. Dort war eines der ärmlichen Bauernhäuser herausgeputzt, hatten Frauen und Mädchen für den höchsten deutschen Politiker sogar ihre bunte Tracht angezogen – und den neuen Fernseher angestellt.

Was in Deutschland eher unhöflich wäre, war hier ein Zeichen des Dankes. Denn erst mit deutscher Hilfe hat Shangnanyano Solarstrom bekommen. Die Dorfbewohner leben zu weit weg vom Netz der großen chinesischen Stromversorger. Rund 30 Millionen Menschen haben in China keinen Zugang zu Elektrizität.

Mit einem aufwendigen „Licht-Programm“ will die Regierung in Peking dies jedoch ändern. Bis zum Oktober 2009 sollen alle Dörfer der Region Yunnan mit Strom versorgt sein. Die deutsche Entwicklungsgesellschaft GTZ ist an der Elektrifizierung von 17 Orten beteiligt. Es gelte, wirtschaftliches Wachstum mit dem Schutz von Umwelt und Ressourcen in Einklang zu bringen, sagte Köhler gestern. Dies wolle er bei seinen politischen Gesprächen am Donnerstag und Freitag in Peking zum Thema machen.

Auch in anderen Provinzen – etwa in Gansu oder in Tibet – entstehen ähnliche autonome Wind- und Solaranlagen mit deutscher Technik.

Deutschland finanziert die Projekte mit 26 Mill. Euro – auch, um sich den großen Markt zu erschließen. Denn die Armut in Chinas Provinzen sowie der globale Klimawandel eröffnen deutscher Umwelttechnologie im Reich der Mitte große Chancen.

Beide Länder müssten beim Klimaschutz „zum beidseitigen Nutzen enger zusammenarbeiten“, hat vor kurzem Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) in China gefordert. Auch sein Amtsvorgänger, der heutige Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD), sieht



Solarenergie soll auch entlegene Dörfer in China mit Strom versorgen: Bundespräsident Horst Köhler lässt sich in Shangnanyano die Technologie erklären.

Horst Köhler zu Besuch in China – Was auf der Tagesordnung steht

Energie und Umwelt

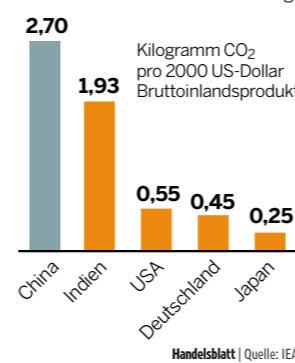
Der Bundespräsident zeigt Verständnis für Chinas Energiepolitik. „Die Schwellenländer tun nichts anderes als das, was die Industriestaaten in der Vergangenheit getan haben.“ Mit Blick auf das Klima sei es aber im Eigeninteresse dieser Staaten, „aus unseren Fehlern nicht durch Wiederholung zu lernen.“

Innenpolitik

Erwartet wird, dass Köhler

Kohlendioxid-Ausstoß

im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung



zur Menschenrechtssituation in China Stellung nimmt. Die kommunistische Regierung in Peking steht wegen ihres Umgangs mit Dissidenten, fehlender Meinungs- und Pressefreiheit sowie der häufigen Anwendung der Todesstrafe in der Kritik. Köhler trifft heute Staatschef Hu Jintao und morgen Regierungschef Wen Jiabao. Am Samstag will er an der Tongji-Universität in Shanghai eine wegweisende Grundsatzrede halten.

Wirtschaft

Köhler wird von einer achtköpfigen Wirtschaftsdelegation begleitet. Vertreter großer Konzerne sind nicht dabei. Wirtschaftsfragen und Vertragsabschlüsse stehen bei diesem Besuch nicht im Vordergrund. Siemens wird ein Joint Venture für ein Krankenhaus gründen, in das gut 100 Mill. Euro investiert werden sollen. Die Verlängerung des Transrapid ist nicht zur Unterzeichnung vorgesehen.

Kultur

In Peking wird Köhler eine Kooperation zwischen dem chinesischen Nationalmuseum und den Staatlichen Museen zu Berlin, den Bayerischen Staatsgemaldegalerien und den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden unterzeichnen. Dabei geht es um gegenseitige Ausstellungen und den Austausch von Objekten. Die Tongji-Universität wird eine Partnerschaft mit dem DAAD schließen.

große Chancen für deutsche Firmen: „Wir können die technischen Lösungen bieten“, so Gabriel beim letzten Besuch in Peking.

„Deutsche Technologie ist in China absolut gefragt“, sagt auch Eicke Weber, Leiter des Freiburger Fraunhofer Instituts für Solare Energiesysteme. China wird nach seiner Ansicht bereits in wenigen Jahren der weltweit größte Abnehmer von Solaranlagen sein. Und die Deutschen haben nicht nur mit Blick auf ihre Technologie in China einen guten Ruf. „Auf deutsche Firmen kann man sich

verlassen“, lobt Zhang Dunjie, Chef einer Pekinger Umwelttechnikfirma. „Die Deutschen halten immer Wort.“

Auch Großkonzerne wollen künftig vom Umwelt- und Klimaschutz im Reich der Mitte profitieren. Der RAG-Konzern etwa sorgt bereits für „saubere“ Kohlekraftwerke und umweltfreundliche Bergwerksausrüstung. Auch Siemens treibt bereits etliche Großprojekte voran: „Es geht um Strategien, wie die Energie künftig am effizientesten eingesetzt werden kann“, sagt Siemens-China-Chef Richard Hausmann. Nach seiner Mei-

nung sind die von der chinesischen Regierung gesetzten Ziele in Sachen Umwelt nur mit moderner Technik erreichbar. Siemens hat darum die chinesische **Beijing CNC Water Technology** übernommen. „Wir sehen den Wasserbereich als besonders großen Wachstumsbereich“, so Hausmann.

Ähnliche Chancen wittert die Windkraftbranche. „Wir sind überzeugt, dass Chinas Windkraftmarkt der größte der Welt wird“, sagt Thomas Richterich, Vorstandsvorsitzender der **Nordex AG**. Der Hersteller von Windkraftanlagen hat gerade

eine Fabrik mit einer Jahreskapazität von 150 Anlagen in Ostchina eröffnet. China will die installierte Leistung bei Wind- und Solarenergie in den kommenden 15 Jahren verdreifachen.

Richterich gehört zur Wirtschaftsdelegation, die den Bundespräsidenten begleitet. Köhler hat diesmal aber auch viele Umweltexperten dabei, etwa BUND-Chefin Angelika Zahrt und den Umweltwissenschaftler Ernst-Ulrich von Weizsäcker.

Köhler in China: Das Dossier zu China steht unter: www.handelsblatt.com/china

PALÄSTINENSER im Libanon werden systematisch diskriminiert

Ohne Heimat, ohne Rechte

ANDREA NÜSSE | KAIRO

Die engen Gassen sind ungepflastert, Abwasser läuft aus einem Rohr direkt auf die Straße. Die Häuser mit zwei bis drei Stockwerken sind unverputzt, Einschusslöcher sind überall zu sehen. Kinder spielen Fußball auf einer staubigen Straße, Spielplätze gibt es hier nicht. Die Familie Hamdallah wohnt seit drei Generationen in dem überfüllten Palästinerlager Burj el Barajneh bei Beirut, in dem 20 000 Flüchtlinge offiziell registriert sind. Der 45-jährige Mohammed arbeitet in einer Autowerkstatt im Lager, die drei Kinder gehen in eine Schule des Hilfswerks der Vereinten Nationen, die Familie lebt in einer kleinen Zwei-Zimmer-Wohnung. Mohammeds Vater war 1948 aus Akko im heutigen Israel geflohen. „Wir haben noch den Schlüssel unseres alten Hauses und träumen von der Rückkehr“, sagt Mohammed, „aber für meine Kinder wünsche ich mir zunächst eine bessere Zukunft im Libanon.“

Doch die libanesische Regierung fürchtet eine Veränderung der komplexen konfessionellen und ethnischen Bevölkerungsstruktur des kleinen Landes und verhindert die Integration der Palästinenser. Die Lage der meisten der etwa 400 000 offiziell registrierten Flüchtlinge aus Palästina und ihrer Nachfahren ist daher miserabel. Etwa die Hälfte von ihnen lebt in zwölf Lagern, die von Tripoli im Norden bis Burj el Schimali im Süden des Landes verstreut liegen. Anders als etwa in Jordanien, wo die Palästinenser die Staatsbürgerschaft erhielten, lebt die Masse im Libanon rechtlich, wirtschaftlich und sozial diskriminiert. Sie werden als Ausländer angesehen, haben aber nicht die gleichen Rechte wie andere Ausländer. Schätzungsweise 3 000 bis 5 000 Palästinenser haben überhaupt keine offiziellen Papiere, so dass Geburten nicht registriert, Heiratungen nicht anerkannt werden.

Die libanesische Regierung unterhält weder Schulen noch Krankenhäuser für die Palästinenser, die etwa ein

Zehntel der Bevölkerung ausmachen. Sie sind einzig auf die Dienste des Uno-Hilfswerks für palästinensische Flüchtlinge (UNWRA) und anderer Nichtregierungsorganisationen angewiesen. Doch aufgrund der Bevölkerungszunahme und der gekürzten UNWRA-Fonds ist der Lebensstandard stetig gesunken. Nach einem Bericht der Beit Atfal al Sumud-Stiftung hatte UNWRA 1951 monatlich 200 Dollar pro Flüchtling zur Verfügung, 2004 waren es nur noch sieben Dollar.

Inoffiziell gibt es ein Verbot, zerstörte Häuser in den Lagern wieder aufzubauen oder anzubauen. Die libanesische Armee, welche die Eingänge zu den Lagern kontrolliert, verhindert, dass Baumaterialien ins Lager kommen. Auch das Ausbildungsniveau sinkt. Die UNWRA unterhält hauptsächlich Grundschulen, die zumeist in den 50er-Jahren gebaut wurden und völlig überfüllt sind. Palästinenser haben de facto kaum Zugang zu staatlichen weiterführenden Schulen oder Hochschulen.

Auch rechtlich hat sich die Lage der Palästinenser im Libanon teilweise verschlechtert. In den 50er- und 60er-Jahren hatten noch etwa 50 000 Flüchtlinge die Staats-



Begleitet von einem Soldaten fliehen Palästinenser aus dem umkämpften Lager Nahr el Bared in Tripoli.

bürgerschaft erhalten – zumeist Christen, welche die konfessionelle Bevölkerungsbalance zugunsten der Nicht-Muslime verbessern sollten. Heute weigert sich die Regierung, die Tausende bisher nicht registrierten Flüchtlinge anzuerkennen. Jahrzehntlang waren die Palästinenser von 72 Berufen ausgeschlossen. Erst 2005 lockerte die Regierung die Restriktionen und erlaubte den Palästinensern handwerkliche Tätigkeiten und Büroarbeiten außerhalb der Lager. Viele Berufe wie Anwälte, Ärzte oder Ingenieure sind ihnen weiterhin verweigert, weil man dazu in Berufsverbänden organisiert sein muss, die libanesischen Staatsbürgern vorbehalten sind.

Zu massiven Protesten hatte 2002 die Verabschiedung eines neuen Gesetzes geführt, das den Palästinensern den Erwerb und auch das Vererben von Grundbesitz untersagt. Wie in den meisten anderen diskriminierenden Gesetzen sind die Palästinenser nicht ausdrücklich genannt, sondern „Bürger von Staaten, die von Libanon nicht offiziell anerkannt werden“. Doch es richtet sich gegen die Palästinenser, die keinen offiziellen Heimatstaat besitzen.

Die libanesischen Regierungen rechtfertigten die Diskriminierung der Palästinenser stets damit, dass man damit den temporären Charakter ihres Aufenthaltes im Libanon wahren und nicht das „Rückkehrrecht“ untergraben wolle. Amnesty International dagegen spricht von Menschenrechtsverletzungen und verweist darauf, dass das „Rückkehrrecht“ im internationalen Recht verankert ist. Das einzige „Privileg“, das die Palästinenser seit Jahrzehnten haben, ist der Waffenbesitz im Lager. Zwar sieht die Uno-Resolution 1701 vor, dass alle Milizen im Land entwaffnet werden, doch wurde sie bisher nicht umgesetzt. Die wirtschaftliche und soziale Misere in den Lagern, gepaart mit dem unkontrollierten Waffenbesitz, führt zu einer explosiven Mischung – wie die jüngsten Kämpfe im Lager Nahr el Bared in Tripoli zeigen.



Wer genug Stifte hat, schneidet auch in Zukunft gut ab.

Wer heute keine Stifte ausbildet, hat morgen vielleicht schon zu wenig Fachpersonal. Denn die Konjunktur zieht an und Fachkräfte sind schon heute in vielen Branchen Mangelware. Sichern Sie jetzt aktiv Ihre Zukunft – durch Auszubildende in Ihrem Betrieb. Aber keine Sorge, wir lassen Sie bei diesem Thema nicht allein. Ihre Agentur für Arbeit unterstützt Sie mit vollen Kräften – durch Beratung und Vermittlung. Jetzt informieren:

Exklusiv für Arbeitgeber: 01801-66 44 66* www.jetzt-zukunft-sichern.de

Bundesagentur für Arbeit

* Entgelt entsprechend der Preisliste Ihres Teilnehmernetzbetreibers.